

Schweiz



Nationalrats-Vizepräsidentin Markwalder während der Parlamentsdebatte vergangene Woche. Foto: Lukas Lehmann (Keystone)

Markwalder hat geheime Auskünfte weitergereicht

Der neue Vorwurf in der Kasachstan-Affäre lautet auf Verletzung des Kommissionsgeheimnisses.

Christian Brönnimann

Am Wochenende sind neue Details zur Kasachstan-Affäre bekannt geworden. Demnach hat FDP-Nationalrätin Christa Markwalder nicht nur im Parlament einen Vorstoss eingereicht, der massgeblich von kasachischer Seite formuliert war. Sie hat auch in der Aussenpolitischen Kommission (APK) Fragen gestellt, die von Kasachstan aus in Auftrag gegeben worden waren. Und sie hat die Antworten des Bundesrats an Lobbyistin Marie-Louise Baumann weitergegeben. Diese wiederum hat die Kommissionspapiere via einen Mittelsmann beim Zigarettenmulti Philip Morris und gegen Bezahlung an die kasachischen Auftraggeber weitergereicht.

Gegenüber «SonntagsZeitung» und «SonntagsBlick» dementierte Markwalder nicht, die Antworten mit Baumann «geteilt» zu haben. Sie rechtfertigte ihr Tun damit, dass die weitergegebenen Dokumente «weder brisant noch als vertraulich» klassifiziert waren. Antworten, die der Bundesrat der APK abgebe, würden «oft geteilt», die diesbezügliche rechtliche Regelung sei «unklar».

Doch gibt es den von Markwalder suggerierten Graubereich wirklich? Das Parlamentsgesetz legt in Artikel 47 lediglich Folgendes fest: «Die Beratungen der Kom-

missionen sind vertraulich; insbesondere wird nicht bekannt gegeben, wie die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Stellung genommen oder abgestimmt haben.» Laut Parlamentssprecher Mark Stucki wird dieser Artikel aber seit jeher dahingehend interpretiert, dass sämtliche Kommissionsunterlagen «per definitionem dem Kommissionsgeheimnis unterliegen». Auch der amtierende APK-Präsident Carlo Sommaruga (SP, GE) sagt klipp und klar: «Egal ob der Bundesrat Fragen aus der APK mündlich oder schriftlich beantwortet: Die Antworten fallen in jedem Fall unter das Kommissionsgeheimnis.»

Trotz der an sich klaren Ausgangslage: Gemäss APK-Mitgliedern dürfte Markwalder nicht die einzige Politikerin sein, die Auskünfte des Bundesrats an Interessenvertreter, Lobbyisten und dergleichen weiterreicht. Sie habe sich schon oft gefragt, weshalb und vor welchem Hintergrund in der APK gewisse Fragen eingereicht würden, sagt CVP-Aussenpolitikerin Kathy Riklin. «Aus dem Nichts tauchen manchmal Themen auf, die kaum eine Bedeutung für die Schweiz haben.»

Laut Kommissionspräsident Sommaruga gibt der Bundesrat jedes Jahr Dutzende Antworten auf spezifische Fragen. Normalerweise erfolgten diese mündlich.

Nur wenn die Sitzungszeit nicht ausreicht, informiere der Bundesrat schriftlich.

Markwalder sieht keine Brisanz

Gemäss der «SonntagsZeitung» haben zwei der vier von Markwalder weitergereichten Kommissionsantworten einen direkten Bezug zu Kasachstan. Dabei geht es einerseits um die Frage, wie die Schweiz die Demokratisierungsbestrebungen im autoritären Staat unterstützt. Andererseits ist der Verfahrensstand im Fall Wiktor Chrapunow Thema. Chrapunow ist ein ehemaliger Spitzenbeamter und heutiger Regimegegner, der im Genua Exil lebt. Kasachstan versucht schon lange, dessen Auslieferung zu erreichen. Mit Verweis auf die Gewaltentrennung beantwortete der Bundesrat letztere Frage nicht.

Markwalder reagierte gestern mit einem Communiqué auf die neuen Vorwürfe. Darin wiederholt sie ihren Standpunkt, wonach die weitergegebenen Informationen keine Brisanz enthielten. Sie seien «primär eine Auflistung des Engagements der Schweiz im bilateralen Verhältnis Schweiz - Kasachstan im Bereich Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung». Dieses Engagement mache das Aussendepartement auch gegenüber der Öffentlichkeit transparent.

Reaktionen

Sie selbst spricht von «Rufmordkampagne»

Christa Markwalder sieht sich als Medienopfer. Fragen mochte sie gestern keine beantworten.

Iwan Städler

Warum hielt Christa Markwalder einer Kasachstan-Lobbyistin Informationen aus der Aussenpolitischen Kommission (APK) zu? Wusste sie vom Mittelsmann beim Tabakkonzern Philip Morris? Und sind noch weitere Informationen geflossen? Dazu wollte die FDP-Nationalrätin gestern nichts sagen. Wiederholte Anfragen des «Bund» liess sie unbeantwortet. Stattdessen verschickte Markwalder eine schriftliche Stellungnahme, die viel Bekanntes auflistet und anderes offen lässt.

«Dies wirkt weiterhin verharmlosend und wenig glaubwürdig», sagt Krisenberater Roland Binz. «Sie müsste selbstkritischer hinstehen und alle Fakten auf den Tisch legen. Stattdessen gibt sie nur das zu, was gerade bekannt wird.» Dies erstaunt Binz. Denn bisher habe er

Markwalder als Medienprofi wahrgenommen. Es sei aber ausserordentlich belastend, wenn man als designierte Nationalratspräsidentin plötzlich in eine derartige Affäre gerate.

Markwalder selbst sieht sich als Medienopfer. Als die «SonntagsZeitung» ihre Frontseite mit dem Titel «Markwalder verriet Geheimnisse aus Kommission an Kasachstan» vertwitterte, antwortete sie: «Dieser reisserische Titel passt zur von der NZZ angestossenen Rufmordkampagne.» Der Titel sei «zugespielt, aber von der Kausalität her nicht falsch», findet Binz. Und NZZ-Inlandchef René Zeller verwahrt sich gegen den Vorwurf der Rufmordkampagne: «Wir Journalisten machen unseren Job und recherchieren.» Dieser Fall zeige exemplarisch auf, wie lobbyiert und das Parlament instrumentalisiert werde.

Soweit bisher bekannt, verriet Markwalder keine schwerwiegenden Geheimnisse. Wie gravierend ist ihr Fall wirklich? Darüber gehen die Meinungen weit auseinander. SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz betont, es gelte die Unschuldsvermutung. Sollte sich die Verletzung

des Kommissionsgeheimnisses aber bestätigen, komme Markwalder für das Nationalratspräsidium nicht mehr infrage. «Dieses Amt bedingt eine Vorbildfunktion. Es geht gar nicht, im Interesse ausländischer Politiker unsere Regeln zu brechen.» Wenn dem so wäre, stelle sich auch die Frage, ob Markwalder als «EU-Beitritts-Turbo» APK-Informationen nach Brüssel weiterleite.

SP-Nationalrätin Jacqueline Badran hingegen sagt: «Was Christa Markwalder tat, ist Alltag - einfach für einmal gut dokumentiert.» Das müssten die Medien publik machen, aber nicht so tun, als sei dies ein Einzelfall. Markwalder habe der Lobbyistin wohl einen Freundschaftsdienst erwiesen. Schlimmer sei, wenn sich Parlamentarier dafür bezahlen liessen. «Warum spricht niemand davon, dass Natalie Ricklis Arbeitgeber - die Goldbach Media - massiv von einer Schwächung der SRG profitieren würde?», fragt Badran. Das sei relevant als der Fall Markwalder.

FDP-Präsident Philipp Müller mochte sich gestern nicht äussern. Die Parteileitung diskutiert heute über die Affäre.

Im Kanton Luzern regieren nur noch Männer

Die SP verliert ihren Sitz in der Luzerner Regierung. Damit wird der Kanton nun komplett von bürgerlichen Männern regiert.

Michael Soukup
Luzern

Dass es knapp werden würde, haben wohl alle Beobachter vermutet. Ende März haben im ersten Gang der Luzerner Regierungswahlen der bisherige Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos) sowie die beiden SVP- und SP-Kandidaten Paul Winiker und Felicitas Zopfi das absolute Mehr verpasst. Gewählt in die fünfköpfige Luzerner Regierung wurden damals nur die Bisherigen Guido Graf (CVP), Robert Küng (FDP) und Reto Wyss (CVP). Doch der überwältigende Sieg Schwerzmanns im gestrigen zweiten Wahlgang hat überrascht: Er bekam mit 65 708 Stimmen fast doppelt so viel wie SP-Kandidatin Felicitas Zopfi, die bloss von 37 154 Luzernern und Luzernerinnen gewählt wurde. Ein ebenfalls sehr gutes Ergebnis erzielte der erstmals angetretene SVP-Kandidat Paul Winiker mit 54 200 Stimmen. Damit ist die SVP als zweitstärkste Luzerner Partei seit 2007 wieder in der Regierung vertreten, während die SP nach 56 Jahren Regierungsbeitrag ihren Sitz räumen muss.

Das Resultat des zweiten Wahlgangs hat auch landesweit zu einem Novum geführt: So besteht die Luzerner Regierung als einzige kantonale Exekutive nur noch aus männlichen Bürgerlichen. Zwar wählte der Kanton Tessin Mitte April ebenfalls eine reine männliche Regierung, aber mit Manuele Bertoli (SP) ist die Linke weiterhin vertreten. «Es ist egal, wie sich die Regierung bezüglich des Geschlechts zusammensetzt, sie muss aber für alle Luzerner und Luzernerinnen da sein», erklärt Marcel Schwerzmann gestern auf Anfrage. Der parteilose, aber der FDP nahestehende Finanzdirektor fügt

aber an: «Die bürgerlichen Parteien haben es verpasst, Kandidatinnen aufzustellen und damit die Beteiligung der Frauen sicherzustellen.» Paul Winiker wiederum betont, dass «viele Frauen» ihm gesagt hätten, dass sie sich selbstverständlich eine Frau in der Regierung wünschten. «Aber gleichzeitig wollten sie, dass die besten Kandidaten gewählt werden.»

«Eine Schande»

Damit meinte Stimmvolk offensichtlich Politiker, welche die kantonale Tiefsteuerstrategie weiterverfolgen würden. 2012 halbierte Luzern seine Unternehmensgewinnsteuern und avancierte bei den Firmen zum steuergünstigsten Kanton. Linke, Lehrer und Gewerkschaften kritisierten die Strategie wegen ausbleibender Steuereinnahmen und mehrerer Sparpakete heftig. Auch wenn die SP nun den Schulterschluss der Bürgerlichen und der Wirtschaft für ihre Niederlage verantwortlich macht: Die rekordtiefe Stimmbeteiligung von 37,1 Prozent sowie die deutliche Wiederwahl von Schwerzmann deuten darauf hin, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung die linke Sicht nicht teilt.

Die Luzerner SP spricht von einer «Schande»: Politische Grösse zeige die Mehrheit, wenn sie in der Lage sei, auch Minderheiten einzubinden. «Diese Qualität der Schweizer Politik hat die bürgerliche Machtelite des Kantons Luzern heute verloren», wie der Luzerner SP-Präsident Daniel Gähwiler erklärt. Die Partei wolle sich in den nächsten vier Jahren inner- und ausserhalb des Parlaments für die sozial Schwachen und die Familien einsetzen. Eine Niederlage, wenn auch eine kleinere, bedeutete der Wahltag für die CVP. Die mit Abstand grösste Partei Luzerns hatte als einzige bürgerliche Kraft die Konkordanz und damit die Beteiligung von SVP und SP an der Regierung befürwortet. Im Unterschied zur Parteileitung und den Delegierten sprach sich die Basis offenbar für das Verbleiben des parteilosen Finanzdirektors in der Regierung aus. Zwischen den Zeilen bedauerte die CVP die Nichtwahl Zopfis in ihrer Mitteilung.



Die neue Luzerner Kantonsregierung (v.l.): Robert Küng (FDP), Marcel Schwerzmann (parteilos), Reto Wyss (CVP), Guido Graf (CVP) und Paul Winiker (SVP). Foto: zvg

Anzeige

SCHULEN, INSTITUTE UND AUSBILDUNG

Deutsch intensiv

German for foreigners
Allemand pour étrangers
Tedesco per stranieri
Alemán para extranjeros

Probeklektion gratis!

Beginn jetzt!

- Moderner Gruppenunterricht
- vormittags, nachmittags, abends
- Anfängerstufe bis Goethe-Diplom



Englisch/Franz.
Ital./Spanisch
Deutsch f. Fremdspr.
im Free-System

- Sie bestimmen die Unterrichtszeit
- Sie kommen, wann Sie wollen
- Sie lernen, so rasch Sie wollen
- Intensivkurse/Privat-/Kleingruppen
- Anfänger- bis Diplomstufe

Informieren Sie sich unverbindlich!

Bénédict

AARBERGERGASSE 5 (NÄHE HAUPTBAHNHOF)
3011 BERN PARKING METRO
TEL. 031 310 28 28

www.benedict.ch

Handelsschule

- Höheres Wirtschaftsdip. HWD/VSK
- Techn. Kaufmann/-frau eidg. FA

Arzt-/Spitalsekretärin

- Chefarztsekretärin/Med. Praxisleiter
- Sprechstundenassistent
- Ernährungsberater/-in
- Gesundheitsberater/-Masseur/-in
- Wellnessberater/-in, Fitnessberater/-in

am ■ Abend ■ Montag ■ Samstag

Beginn: ab 17. August 2015

■ anerkannter Diplom-Abschluss

Informieren Sie sich unverbindlich!

Bénédict

AARBERGERGASSE 5 (NÄHE HAUPTBAHNHOF)
3011 BERN PARKING METRO
TEL. 031 310 28 28

www.benedict.ch